

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 11

Artikel: Stimmzettel - Denkmittel - Wahlzettel
Autor: Maissen, Toya
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340771>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

**Stimmzettel – Denkmittel –
Wahlzettel**

Auch wenn die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» noch nicht gewonnen werden konnte, so hat sie mehr als nur ein Zeichen gesetzt.

Zunächst hat sie eine nie vermutete Anzahl von Ja-Stimmen hereinge-
holt. Die von den Militärs vor der
Abstimmung leichtfertig festgesetzte
Schmerzgrenze für den Ja-Stimmen-
Anteil wurde mehrfach überschrit-
ten. Das wird jetzt schamhaft herun-
tergespielt. Nur noch «beunruhi-
gend» war für die «NZZ» das
Abstimmungsergebnis, bei dem ein
Drittel der Stimmenden sich gegen
die Armee aussprach. In der Beur-
teilung des Abstimmungsergebnisses
klammerten sich vor allem bürger-
liche Parteien und Politiker an die
Tatsache, dass zweifellos eine
erleckliche Zahl von Denkmitteln
in die Urne gelegt worden waren.

Aber auch diese angeblichen oder
tatsächlichen Denkmittel vermoch-
ten in der bürgerlichen Mehrheits-
politik nichts zu bewirken, als die
Gelegenheit kurz nach der Abstim-
mung gegeben war: die Verabschie-
dung des Militärbudgets in den eid-
genössischen Räten in der auf die
Abstimmung folgenden Winterses-
sion.

Die SP-Fraktion hatte Rückweisung
des Militärbudgets beantragt, um
dem Bundesrat und dem Parlament
die Möglichkeit zu geben, erste

Konsequenzen aus den Denkmitteln
zu ziehen. Mit der Rückweisung des
Budgets hätte eine schrittweise Sen-
kung der Armeekosten eingeleitet
werden können. Bundesrat und Par-
lament hätten den Stimmbürgern,
namentlich einer jüngeren Genera-
tion, beweisen können, dass sie
wenigstens gewillt sind, nachzuden-
ken. Nichts dergleichen geschah.

Die SP scheiterte mit ihrem Vor-
stoss genauso wie der Landesring
mit der Forderung, das Militärbud-
get dürfe nicht über das 6-Prozent-
Wachstum des Bruttoinlandproduk-
tes hinausgehen. Der Antrag der
SP-Fraktion wurde gegen den lük-
kenlosen Widerstand der bürger-
lichen Parteien abgeschmettert,
während der Landesring Zuzug von
ein paar besonders mutigen
CVPlern erhielt, aber auch nicht
viel weiter kam.

Mit dieser unnachgiebigen Haltung
des militärisch-industriellen Kom-
plexes wird die bisherige Sicher-
heitsphilosophie festgeschrieben.
Die mutmasslichen Denkmittel blie-
ben ohne irgendwelchen Einfluss
auf die Volksvertreterinnen und
Volksvertreter. Die Zeichen wurden
weder erkannt noch gesetzt.

Allerdings weiss man auch im eid-
genössischen Machtkartell genau, dass
die Schweiz auch im Ernstfall nicht
mit Kampf-Jets zu verteidigen ist.
Kein hochindustrialisiertes Land ist

– auch nicht mit konventionellen
Waffen – zu verteidigen. Die Risiken
der industriellen Tätigkeit, die
schon im zivilen Leben Mensch und
Natur lebensgefährlich bedrohen,
sind im Falle kriegerischer Ausein-
andersetzungen gar nicht mehr
abzuschätzen.

Aber um diese Art der Verteidigung
geht es ja auch nicht. Die derzeitige
Sicherheitsphilosophie hat eine
andere Sicherheit im Sinn: Es geht
nur und ausschliesslich um die
Absicherung des Machtkartells.
Wirtschaftlicher Einfluss, die Herr-
schaft über die Produktionsentschei-
dungen und die Verteilung gilt es
abzusichern. Redet das Volk bei den
Militärausgaben mit, so redet es
bald auch bei der Produktion mit.

Zu überlegen ist deshalb in der SPS,
ob nicht eine Neuauflage des
Rüstungsreferendums notwendig ist.
Der Stimmzettel als Denkmittel hat
durchaus eine politische Funktion,
auch wenn die Mehrheitspolitiker
dies bislang glauben ignorieren zu
können. Aber nicht nur der Stimm-
zettel funktioniert als Denkmittel.
Der Wahlzettel ist noch wichtiger,
wenn es um die Macht geht. Dieses
Zeichen muss das Volk setzen.

Toya Maissen